

Politischer Bericht No.25/20.

=====

Berlin, den 7. April 1920.

*M Zerkulohin,  
10/4-20. M.*

Herr Bundespräsident,

*Zurück am  
12. IV. 20 L*

In meinem letzten Berichte habe ich die Bildung und das Programm der neuen deutschen Regierung besprochen und habe im besonderen darauf aufmerksam gemacht, daß weder die Form noch der Inhalt dieses neuen Ministeriums sich nennenswert von denjenigen des Ministeriums Bauer unterscheiden. Neu ist in dem Programm des Reichskanzlers Müller eigentlich nur die Ankündigung sofortiger Wahlen und die scharfe Kampfansage nach r e c h t s . Man hat sich denn auch sofort daran gemacht, die Mitwisser oder Mitläufer am Kapp-Lüttwitz - Putsch "mit dem eisernen Besen" wegzuwischen. Ein Beweis dafür mag Ihnen das beiliegende Plakat sein, das nun im ganzen deutschen Reiche urbi et orbi zur Kenntnis gebracht wird und durch welches der Untersuchungsrichter am Reichsgericht die am Putsch beteiligten Zivilpersonen steckbrieflich verfolgt. General v. Lüttwitz ist nicht auf diesem Steckbriefe und doch weiß kein Mensch, wo er sich aufhält; wahrscheinlich wird er als aktiver General behandelt und muß deshalb durch die Militärgerichtsbarkeit verfolgt und abgeurteilt werden. Auch gegen die Beamten im ganzen Reiche, welche irgendwie der Connivenz oder auch nur

An den

Chef des Eidgenössischen Politischen Departementes,

Herrn Bundespräsident M o t t a ,

B e r n .



der Sympathie mit den Putschisten verdächtig erscheinen, wird mit der größten Rücksichtslosigkeit vorgegangen.

Neben dieser "Hauptaufgabe" der neuen Regierung laufen als ebenfalls wichtige Programmpunkte einher: Die Vorbereitung der Wahlen und die Niederwerfung des Aufstandes und Unterdrückung des Bürgerkrieges im übrigen Deutschland, vor allem im Ruhrgebiet. Als erste auf dem Plan erschienen die Mehrheitssozialisten mit ihrem Wahlprogramm, über dessen Inhalt nichts zu sagen ist, weil es keine neuen Gedanken enthält. Die übrigen Parteien haben noch nicht Stellung genommen, aber sie können damit nicht mehr lange warten, da die Wahlen in sechs Wochen schon beginnen sollen und der Kampf jedenfalls außerordentlich heftig werden wird. Das größte Interesse liegt natürlich in der Entwicklung des Verhältnisses unter den sozialistischen Parteien. Die Mehrheitssozialisten scheinen nicht übel Lust zu haben, sich nach links zu orientieren und die Unabhängigen als Kampfgenossen anzunehmen. Es wird deshalb vieles von der Haltung der Unabhängigen abhängen, die vor der Hand nicht geneigt scheinen, mit ihren feindlichen Brüdern, die am Ruder sind, gemeinsame Sache zu machen. Solange man aber nicht weiß, wie sich das Verhältnis der Sozialisten untereinander gestaltet, kann man auch kein Urteil haben über das Zusammenhalten des Mehrheitsblockes während der Wahlen. Wie ich Ihnen schon früher schrieb, hoffte ich über diese Verhältnisse durch Herrn Dr. Oskar Cohn unterrichtet zu werden, er hat sich aber noch immer nicht eingefunden und ich möchte es gerne vermeiden, ihm nachzugehen.

Das Ministerium des Auswärtigen wird immer noch durch den Reichskanzler Müller verwaltet und es sind starke Kräfte am Werk, um zu veranlassen, daß er dieses Amt bis nach den Wahlen beibehalte. Andererseits wird als aussichtsreicher Kandidat der Demokraten, Freiherr v. Richthofen - nicht zu verwechseln mit dem früheren Polizeipräsidenten -

genannt. Die Möglichkeit, daß Herr Müller das Auswärtige beibehalte, ist durch seine übereilte Ankündigung eines französischen Nachgebens in der Frage des Einmarsches deutscher Truppen in die neutrale Zone etwas verringert worden. In der Tat hat Herr Müller aus innerpolitischen und parteitaktischen Motiven eine vorläufige Mitteilung des Herrn Paléologue sehr ausdehnend interpretiert, um für sich und die Regierung in einem <sup>kritischen/</sup> Augenblick einen diplomatischen Erfolg zu verkünden und er hat dadurch die Stellung der französischen Militär- und Einmarschpartei zweifellos gestärkt.

Damit komme ich auf die Hauptfrage, welche heute die öffentliche Meinung ganz Deutschlands aufs Tiefste bewegt, den Einmarsch der Franzosen in Frankfurt, Hanau, Darmstadt und andere Städte. Die Erbitterung und Empörung ist hier ebenso allgemein als selbstverständlich. Wenn es etwas geben könnte, was im deutschen Volke wieder eine nationale Einigung und Begeisterung herbeiführen würde, so wäre es wohl dieser Gewaltschritt der französischen Regierung. Die Erbitterung ist umso größer, als sie gepaart ist mit dem Gefühle der völligen Wehr- und Machtlosigkeit. Diese Vorgänge sind Wasser auf die Mühle der Gegner der Unterzeichnung des Friedensvertrages und sie scheinen den Befürchtungen Recht zu geben, welche mir Bethmann-Hollweg seinerzeit äußerte: Frankreich wird uns nicht zu Atem kommen lassen, bevor es sein wirkliches Kriegsziel erreicht hat und es wird jeden wirklichen oder scheinbaren Verstoß gegen den Wortlaut des Friedensvertrages benützen, um Repressalien zu ergreifen, welche den Auftakt bilden werden zu späteren endgültigen Maßnahmen. So sprach Bethmann vor ungefähr zwei Monaten und heute - wer wollte bestreiten, daß ihm die neuesten Ereignisse wenigstens scheinbar Recht geben? Die Gegner der Unterzeichnung sagen heute wieder, was sie früher gepredigt haben: Durch die Unterzeichnung haben wir uns kampf- und machtlos,

auf Gnade und Ungnade in die Hand unserer Feinde begeben, die jederzeit aus dem Friedensinstrument die Waffen für unsere völlige Vernichtung schöpfen können. Hätten wir die Unterzeichnung verweigert, so wären uns wenigstens noch etwelche äußere und namentlich innere Machtmittel geblieben, um dem Schlimmsten zu begegnen und wir hätten dadurch die Feinde genötigt, mit uns zu reden. Ich habe den Standpunkt der Gegner der Unterzeichner früher nicht verstanden, heute sehe ich die Sache doch in einem etwas anderen Lichte.

Am meisten enttäuscht hat hier die Tatsache, daß Amerika, England und Italien den Einmarsch haben geschehen lassen: denn es ist niemand im Zweifel darüber, daß die Franzosen den Schritt nicht gewagt hätten, ohne der Zustimmung der Alliierten sicher zu sein. Diese Enttäuschung wirkt natürlich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich: Man hatte gehofft, daß England Frankreich mitziehen werde in dem Bestreben, Deutschland vor dem wirtschaftlichen Untergang zu retten und man sieht nun, daß auch das eine Illusion war.

Ueber die Frage, ob der B u c h s t a b e des Vertrages den Franzosen Recht gibt, kann man vielleicht verschiedener Meinung sein. Hier in Deutschland gibt es wohl nur einen Menschen, welcher den französischen Standpunkt als formell berechtigt anerkennt, und das ist Georg Bernhard von der "Vossischen". Allgemein schließt man sich hier dem Standpunkt des Reichswehrministers Geßler an, der mir gesagt hat, daß tatsächlich die Z a h l der Truppen, die ins Ruhrgebiet einmarschiert seien, die Höchstziffer nicht erreiche, welche im Augustabkommen festgelegt sei. Die Zahl der Einheiten (20 Bataillone) sei freilich um etwas überschritten, aber das rühre nur daher, daß die Einheiten nummerisch ganz wesentlich schwächer seien, als bisher angenommen worden. Die deutsche Regierung habe keinen Mann und kein Pferd mehr nach dem Ruhrgebiet gesandt, als sie für u n e r l ä ß l i c h

halte, um rasch und ohne viel Blutvergießen Ordnung und Sicherheit in dem unglücklichen Lande wieder herzustellen und sie habe immer wieder versichert, daß diese Truppen unverzüglich wieder zurückgezogen werden sollen, sobald die Ordnung wieder hergestellt und die Entwaffnung der roten Banden durchgeführt sei. Wenn man, wie gesagt, darüber streiten kann, ob der Buchstabe des Vertrages das Vorgehen der Franzosen rechtfertigt, so kann doch kein ruhig Urteilender darüber im Zweifel sein, daß die Maßnahme sachlich so ungerechtfertigt und so unglücklich als möglich sei, sofern man nämlich den Standpunkt vertritt, daß der Friedensvertrag im Sinne einer allmählichen Versöhnung und im Geiste der Wiederherstellung normaler Verhältnisse auf der armen Welt verstanden werden solle. Ich habe von einer Mehrzahl von Personen, die im Ruhrgebiet waren, gehört, daß die dort herrschenden Zustände im a l l g e m e i n e n europäischen Interesse einer raschen und energischen Bekämpfung bedürfen und daß deren Beseiti/gung nicht möglich sei auf dem Wege, den die Franzosen in zynischer Weise vorgeschlagen haben, nämlich auf demjenigen der Unterhandlung mit den Arbeitern. Der Kampf geht eben gar nicht gegen die Arbeiter oder gar gegen Arbeiterinteressen, sondern er geht gegen Mörder und Räuber, mit denen überhaupt nicht zu unterhandeln ist. Auch der Reichswehrminister bestätigt durchaus diese Ansicht und versichert nachdrücklich, daß die jetzige Regierung, in welcher Sozialisten das maßgebende Wort sprechen, doch bei keinem klarsehenden Menschen dem Verdachte ausgesetzt sein könne, als wolle sie die Arbeiterschaft vor den Kopf stoßen.

Das alles ist ja ganz klar und gerade deshalb muß man sich sagen, daß der Vorstoß der Franzosen nicht nur dem Zwecke dienen kann, "Pfänder" zu schaffen für die Erfüllung derjenigen Bestimmungen des Friedensvertrages, welche jetzt verletzt sein sollen.

Auf dem Reichswehrministerium ist man auch der Meinung, daß die Besetzung der jetzt frisch okkupierten Städte nicht so bald wieder aufgehoben werde, weil selbst im Falle des Rückzuges der deutschen Truppen andere Vorwände gefunden werden dürften, um die Notwendigkeit der Fortsetzung des Pfandverhältnisses zu begründen. Von anderer Seite wird mir gesagt, daß die französische Regierung durchaus falsch unterrichtet sei über die tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland, weil ihre militärischen Vertreter auf Mitteilungen von unabhängiger Seite abstellen.

Sie haben den Protest der deutschen Regierung gelesen, der Ihnen genau die Auffassung und die Absichten der hiesigen Regierung auseinandersetzt: Es fällt natürlich niemand ein, der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen, weil man seine Machtlosigkeit nur zu deutlich fühlt.

Ganz zweifellos hat dieser französische Streich der Sache der Verständigung und der Wiederaufrichtung Deutschlands einen schweren Stoß versetzt: Es ist nun wieder an die Stelle der Hoffnung und eines gewissen Mutes das Gefühl der Resignation, der Mutlosigkeit und der Erbitterung getreten. Was daraus werden wird, läßt sich nicht sagen, aber man braucht wahrlich nicht Schwarzseher zu sein, um diese weitere Folge des letzten Putsches als eines der größten Unglücke zu bezeichnen, welches Deutschland und Europa in diesem Augenblicke widerfahren konnte.

Ich lege hier eine Anzahl von Ausschnitten bei, die Ihnen einen Ueberblick geben sollen über die Beurteilung der Lage durch die öffentliche Meinung. Dabei mache ich besonders aufmerksam auf den Artikel von Georg Bernhard in der Vossischen, welcher auch in dieser schwierigen Situation den Mut hat, der deutschen Regierung gegenüber der französischen unrecht zu geben, der aber doch das

französische Vorgehen als Freund einer Verständigung aufs Tiefste beklagt und mißbilligt. Viel schärfer ist die Ablehnung, welche Theodor Wolff in dem ebenfalls beiliegenden Ausschnitt aus dem Berliner Tageblatt dem französischen Einmarsch widerfahren läßt. Die Kundgebungen der konservativen Organe liegen noch nicht zahlreich vor; wie man dort darüber denkt, zeigt Ihnen der beiliegende Ausschnitt aus der "Deutschen Tageszeitung", welcher die Ueberschrift trägt: "Die französische Hyänenpolitik auf dem Marsch".

Sehr interessant scheint mir auch der beiliegende Artikel des "Diplomaten" der Deutschen Allgemeinen Zeitung, der zu beweisen versucht, daß das französische Vorgehen dem Geiste und namentlich dem Zweck des Versailler Vertrages zuwiderlaufe. Morgen hoffe ich den Reichskanzler zu sprechen, der in den letzten Tagen nicht erreichbar war.

Für die Gesandtschaft entsteht die interessante Situation, daß nun auch der Sitz des Konsulates Frankfurt in das besetzte Gebiet und damit unter den eidgenössischen diplomatischen Vertreter bei der hohen Kommission fällt. Da nach dem Beschlusse des Bundesrates auch der Generalkonsul im besetzten Gebiete von der Gesandtschaft losgelöst und dem Departement direkt unterstellt ist, muß ich natürlich für die Dauer der Besetzung Frankfurts den Verkehr mit dem dortigen Konsulat einstellen.

Letzter Tage erhielt ich von dem abtretenden und dem neu ernannten Minister des Auswärtigen in Schweden die amtlichen Briefe, durch welche sich die Herren verabschieden bzw. einführen, unter den üblichen Versicherungen der Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen. Gleichzeitig bringt mir der eingegangene eidgenössische Staatskalender die Kunde, daß ich auch in Schweden

bevollmächtigter Minister und außerordentlicher Gesandter sei. Diesen beiden Tatsachen gegenüber muß ich feststellen, daß mir niemals eine bezügliche Mitteilung zugegangen ist und daß ich auch niemals beim König von Schweden akkreditiert worden bin. Vielmehr wurde mir vor einem halben Jahr gelegentlich mündlich mitgeteilt, daß im Hinblick auf die baldige Errichtung einer Gesandtschaft in Stockholm davon abgesehen werde, mich bei der schwedischen Regierung zu akkreditieren. Infolgedessen habe ich mich rein nur als Briefträger betrachten müssen, der die sehr wenig zahlreichen Geschäfte zu empfangen und weiterzugeben hatte. Ich sage dies an diesem Orte, weil ich die Tatsache zu erklären habe, daß in meinen politischen Berichten niemals von Schweden und dortigen politischen und wirtschaftlichen Zuständen die Rede war. Hätte ich gewußt, daß man mich als akkreditierten Minister betrachtet und der Oeffentlichkeit als solchen bekanntgibt, so hätte ich versucht, etwelche Föhlung zu nehmen mit Schweden, um mich über dortige Verhältnisse zu unterrichten. So, wie die Dinge für mich lagen, hatte ich dazu wirklich keine Veranlassung.

Genehmigen Sie, Herr Bundespräsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte in Deutschland:

*Mantua*

Beilagen erwähnt.

N a c h s c h r i f t . Herr Haguenin, dem die Ereignisse im Westen unangenehm sind, weil sie seine Politik der Verständigung durchkreuzen, erklärt mit aller Bestimmtheit, daß die französischen Truppen die neu besetzten Gebiete sofort verlassen werden, nachdem die deutschen Truppen aus der neutralen Zone zurückgezogen sein



werden. Auf die Einwendung, daß wohl die Absicht oder doch der Wunsch bestehe, die Besetzung dauernd zu gestalten, antwortete er: Dazu würde die Einwilligung der Alliierten nicht erhältlich sein. Diese Bemerkung ist deshalb interessant, weil sie vermuten läßt, daß für die jetzige Maßnahme diese Zustimmung gegeben worden ist.

Wie richtig die Annahme ist, daß die französische Meinung wesentlich beeinflußt sei durch die Nachrichten, die aus deutscher unabhängiger Quelle stammen, beweist der Ton, den die "Freiheit", das Organ des linken Flügels der Unabhängigen, seit zwei Tagen anschlägt, indem sie sich zur restlosen Verteidigerin des französischen Einmarsches aufwirft. Ob diese Haltung den Unabhängigen Vorteil bringen wird für die Wahlen, scheint mir doch sehr fraglich.

D.O.